



Wege und Ziele der Sozialdemokratie

Rede des Vorsitzenden

des Zentralkomitees der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Max Fechner

am 13. Oktober 1945 in der Sozialistischen Tribüne

Verlag „Das Volk“ G. m. b. H., Berlin WS



Solange wir die menschliche Geschichte verfolgen können, hat es Herrschende und Beherrschte, Ausbeutende und Ausgebeutete gegeben. Noch nicht 100 Jahre aber ist es her, daß die Beherrschten, die Ausgebeuteten begonnen haben, mit allen Mitteln der Wissenschaft heranzugehen an die Beantwortung der beiden Fragen, die ja für sie die wichtigsten sind: Wie ist es zu dieser Unterdrückung gekommen, und was können wir tun, um davon frei zu werden? Als das zum erstenmal geschah, war damit der wissenschaftliche Sozialismus in die Welt getreten. Die Geburtsstunde der modernen Arbeiterbewegung hatte geschlagen. Um diese beiden Fragen dreht es sich letzten Endes auch für uns, wenn wir heute die Frage nach den Zielen und Wegen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands aufwerfen.

In Deutschland stellt die moderne Arbeiterbewegung ursprünglich den Zusammenfluß von zwei verschiedenen Strömen dar. Der eine von ihnen wird bezeichnet durch den Namen Marx, der andere durch den Namen Lassalle.

Sehr verschieden sind diese beiden großen Menschen. Schon rein äußerlich leben sie jeder in einer ganz anderen Welt. Marx ist Emigrant und beklagt sich später selbst einmal Wilhelm Liebknecht gegenüber darüber, daß man in der Verbannung die Fühlung mit seinem Volk verlöre. Lassalle dagegen ist ein mit der Heimat fest verwurzelter Großbürger, der mit dem führenden Staatsmann seiner Zeit, mit Bismarck, oft und gern zusammenkommt und glaubt, mit ihm ein gutes Stück des Weges zusammengehen zu können. Sehr verschieden erscheint andererseits wieder ihr geistiger Rang. In Marx sehen wir den großen Gesellschaftskritiker und Nationalökonom, der in tiefschärfender Arbeit wissenschaftliche Theorien aufstellt, die auch heute noch unwiderlegt sind. Lassalle ist demgegenüber nur ein schöngeistiger Schriftsteller und Agitator, dessen volkswirtschaftliche Gedanken bald überholt sind. Seine mitreißende Gestalt jedoch bleibt weiter in der Erinnerung der Massen lebendig.

Die für die deutsche Arbeiterbewegung grundlegende und entscheidende Schrift von Marx war das Kommunistische Manifest. Unter Sozialisten verstand man damals, zu Beginn des Jahres 1848, die Anhänger der sogenannten Utopisten, d. h. von Owen oder von Fourier. Als Kommunisten dagegen bezeichneten sich die Arbeiter, die eine Umgestaltung der Gesellschaftsordnung forderten, weil sie überzeugt waren, daß rein politische Umwälzungen, wie sie damals vom Bürgertum erstrebt wur-

den, ihre Lage nicht ändern würden. Daher also dieser Titel. Das Manifest erschien zuerst in deutscher Sprache, und zwar in London, bald darauf in französischer Sprache. in Paris. Später wurde es dann ins Englische und darauf in alle anderen wichtigeren Sprachen übersetzt.

Es ist ein gewaltiges und geschlossenes Bild, das da vor der Weltöffentlichkeit entrollt wird. Mit wenigen kurzen Worten wird es gezeichnet. „Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist eine Geschichte von Klassenkämpfen.“ „Unsere Epoche, die Epoche der Bourgeoisie, zeichnet sich dadurch aus, daß sie die. Klassengegensätze vereinfacht hat. Die ganze Gesellschaft spaltet sich mehr und mehr in zwei große feindliche Lager, in zwei große, einander direkt gegenüberstehende Klassen: Bourgeoisie und Proletariat.“

Und dann folgen jene schneidenden Sätze, die jedem unvergeßlich sind, der sie einmal gelesen hat. „Die Bourgeoisie hat alle Bindungen zwischen Mensch und Mensch aufgelöst und kein anderes Band zwischen ihnen übrig gelassen als das nackte Interesse, als die gefühllose bare Zahlung.“ Sie hat „alle Tätigkeiten ihres Heiligenscheins entkleidet. Sie hat den Arzt, den Juristen, den Pfaffen, den Poeten, den Mann der Wissenschaft in ihre bezahlten Lohnarbeiter verwandelt. Die Bourgeoisie hat dem Familienverhältnis seinen rührend sentimentalischen Schleier abgerissen und es auf ein reines Geldverhältnis zurückgeführt.“

So werden die Menschen gleichsam atomisiert. Die Produktivität der Arbeit nimmt durch neue Erfindungen und bessere Arbeitsteilung zu, aber die Arbeit des Proletariats hat „allen selbständigen Charakter und damit allen Reiz für die Arbeiter verloren“. Die wachsende Konkurrenz und die daraus hervorgehenden Handelskrisen machen den Lohn der Arbeiter immer schwankender, ihre Lebensstellung immer unsicherer. „Die Arbeiter haben kein Vaterland. Man kann ihnen nicht nehmen, was sie nicht haben.“ Das ist so, weil die moderne Staatsgewalt ja „nur ein Ausschuß ist, der die gemeinschaftlichen Geschäfte der ganzen Bourgeoisie verwaltet.“ Nur „der gewaltsame Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung“ kann da helfen. „Die Proletarier haben nichts zu verlieren als ihre Ketten.“

Es ist eine erschütternde Schau. Und doch - das Proletariat braucht nicht zu verzweifeln. Im Gegenteil. Wenn sich alle Proletarier in der Welt, zum mindesten die der zivilisierten Länder, zu einer gemeinsamen Aktion vereinigen, so wird der Kapitalismus gestürzt werden. Das ist wissenschaftlich gewiß. Der Kapitalismus gräbt sich selbst sein Grab. Er setzt schon im Laufe seiner eigenen Entwicklung an die Stelle der vereinzelter Arbeiter immer mehr die Arbeitermassen, die sich zu Kampf und Sieg zusammenschließen können. Dann ergreift das revolutionäre Proletariat zunächst in jedem einzelnen Staat die Macht. Es wird dort zur herrschenden Klasse. Aber nur, um die alten Produktionsverhältnisse mit Gewalt aufheben zu können. Damit aber verschwinden die Ursachen für alle Klassengegensätze und alle Klassenkämpfe. An die Stelle der alten Gesellschaft tritt die neue klassenlose Gemeinschaft, in der, wie Marx sagt, „die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.“ So mündet der Klassenkampf aus in einen kampfflosen, glücklichen Zustand.

Ganz anders ist das Bild, das Lassalle entwirft. Er wendet sich nicht an die Welt, sondern an deutsche Arbeiter. Am 12. April 1862 hält er in Berlin vor einer Hörschaft, die hauptsächlich aus Maschinenbauarbeitern der Borsigschen Maschinenfabriken besteht, jenen Vortrag, der später als sogenanntes Arbeiterprogramm bekannt geworden ist.

Für Lassalle ist die Geschichte die Geschichte des Kampfes mit der Natur. Der Mensch kämpft „mit dem Elend, der Unwissenheit, der Armut, die Machtlosigkeit und somit der Unfreiheit aller Art, in der wir uns befanden, als das Menschengeschlecht im Anfang der Geschichte auftrat.“ Also nicht der andere Mensch ist primär der Feind, sondern die Natur. In diesem Kampf aber ist der einzelne machtlos. Nur durch den Zusammenschluß zu organisierten Menschengruppen, zu Staaten, ist es möglich, die Machtlosigkeit gegenüber der Natur zu überwinden, zur Freiheit zu gelangen. Der Fortschritt zur Kultur ist nur möglich durch den Staat. Seine Aufgabe ist die Erziehung und Entwicklung der Menschheit zur Bildung, Macht und Freiheit.

Im modernen Staat, so führt Lassalle weiter aus, herrschten ursprünglich zwei Stände, Adel und Geistlichkeit. Die Staatslasten wurden auf den dritten Stand den Bürgerstand, abgewälzt. Mit der

Französischen Revolution ist der dritte Stand an die Macht gekommen. Er zerfällt jetzt wieder in zwei Klassen. Die einen leben von ihrer Arbeit. Sie stellen den Arbeiterstand dar, welche Art von Arbeit sie auch leisten. Die andere Klasse ist die der Großbürger. Sie verfügen über das Kapital. In früherer Zeit war die Machtausübung im Staate an den Grundbesitz gebunden. So macht jetzt der Großbürger die Mitwirkung an der Bildung des Staatswillens und an der Bestimmung des Staatszweckes davon abhängig, daß Besitz vorhanden ist. Damit wird er zum Bourgeois im eigentlichen Sinne. Immer waren die Bourgeois bestrebt, die bürgerlichen Rechte von einem Mindestbesitz abhängig zu machen, von ihrer ersten Machtergreifung in der Französischen Revolution an bis hin zu dem Dreiklassenwahlrecht in Preußen. Und auch sie versuchen, die Staatslasten nach Möglichkeit von sich abzuwälzen, durch die indirekten Steuern, die in erster Linie die arbeitenden Schichten treffen.

Um Lassalle zu verstehen, müssen wir uns immer vor Augen halten, daß er in dem Preußen des Dreiklassenwahlrechts gelebt hat und daß bis zum Jahre 1918 in fast allen deutschen Bundesstaaten die politischen Rechte nach Besitz und Einkommen abgestuft waren. Damit wird uns auch begreiflich, wie das vom Staat weitgehend unabhängige liberale Besitzbürgertum der gemeinsame Feind für Lassalle und für Bismarck sein konnte. Das Mittel, um ihn zu bekämpfen, ist für beide das gleiche: das allgemeine und gleiche Wahlrecht. Bismarck, der Junker, mag dabei an die Tagelöhner auf dem Lande gedacht haben, die damals noch lange nachher in patriarchalischer Abhängigkeit vom Gutsbesitzer lebten. Lassalle aber hatte die Arbeiter der Städte im Auge. Er hat recht behalten, während Bismarck später die Gewährung des gleichen Wahlrechts im Reiche bereut zu haben scheint. Einstweilen aber halten sie beide ein Zusammengehen gegen den gemeinsamen Feind für möglich. Der Staat ist also nicht der Feind, sondern unter Umständen ein Verbündeter für Lassalle. So erklärt sich aus sein im „Offenen Antwortschreiben“ zur Einberufung eines deutschen Arbeiterkongresses ausgeführter Gedanke, mit Staatshilfe sozialistische Produktivgenossenschaften für Industrie und Ackerbau zu errichten, aus denen dann die sozialistische Organisation der Gesamtarbeit entstehen soll. Gewiß, das ist vom gegenwärtigen Staat noch nicht zu erwarten, es wird dazu der Eroberung der Macht im Staate durch das gleiche Wahlrecht bedürfen. Aber es ist im Gegensatz zu Marx eben doch der Sozialismus eines Menschen, der sich im Grunde zum Staatsmann berufen fühlt, nicht der eines vom Staate gelösten Gesellschaftskritikers. Für Lassalle ist der Staat grundsätzlich ein „sittliches Ganzes“, er hat bisher schon die Menschheit aufwärts geführt und wird das in Zukunft unter der Herrschaft des Arbeiterstandes dann erst voll und ganz tun können. Der Arbeiterstand ist ja der letzte Stand in der Gesellschaft, er kann deshalb seiner Natur nach niemand mehr grundsätzlich an der Teilnahme am Staatsleben ausschließen, wie das Adel und Bourgeoisie getan haben. „Seine Sache ist daher die Sache der gesamten Menschheit, seine Herrschaft ist die Herrschaft aller!“ heißt es im Arbeiterprogramm.

Auch für Lassalle ist es wissenschaftlich gewiß, daß diese neue Zeit anbrechen wird. Sie wird wie ein weltgeschichtlicher Sonnenaufgang sein. Für alle, die dem Arbeiterstande angehören, folgt daraus die Pflicht einer ganz neuen Haltung. An jeden einzelnen wendet sich Lassalle und ruft ihn zur Mitarbeit auf: „Es ziemen Ihnen nicht mehr die Lasten der Unterdrückten, noch die müßigen Zerstreuungen der Gedankenlosen, noch selbst der harmlose Leichtsinne der Unbedeutenden. Sie sind der Fels, auf welchem die Kirche der Gegenwart gebaut werden soll!“

Diese Kirche der Gegenwart ist also für Lassalle der Staat, nicht wie er ist, aber wie er werden soll, die Idee des Staates. Wie anders dagegen Marx, der nur die in zwei Klassen aufgespaltene Gesellschaftsklasse, später die Arbeiterklasse zur Durchsetzung ihres Klassenzieles benutzt und das die Arbeiterklasse dann nach Erreichung ihres Zieles fortwirft, um es durch eine „Assoziation“, eine freie Gruppenbildung, zu ersetzen.

Diesen fundamentalen Gegensatz muß man sich klar vor Augen halten, um die ganze weitere Entwicklung der Ziele und Wege der deutschen Arbeiterbewegung und ihres Exponenten, der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, zu verstehen. Am 23. Mai 1863 hatte sich in Leipzig der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein gebildet, der in Prinzip und Taktik Lassalle folgte. Auf dem Boden von Marx dagegen stand die am 7. August 1869 in Eisenach unter der Führung von Bebel und Wilhelm Liebknecht gegründete Sozialdemokratische Arbeiterpartei. Aber so groß auch die Gegensätze

zwischen beiden Richtungen sein mochten, sie kämpften gegen einen gemeinsamen Feind, nämlich gegen alle herrschenden Gewalten ihrer Zeit überhaupt. Die Übermacht dieses Feindes war so groß, daß nur der Zusammenschluß Hoffnung auf Erfolg geben konnte. So wurde die Einigung immer mehr zur Forderung der breiten Massen beider Richtungen.

In Gotha trat im Jahre 1875 der Einigungskongreß zusammen: Die Anhänger Lassalles hatten 71 Delegierte entsandt, die 16538 Mitglieder vertraten. Die Eisenacker stellten 56 Delegierte als Sprecher für 9121 Mitglieder. Als Name der Gesamtpartei wird „Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands“ gewählt. Hierzu weist Liebknecht darauf hin, daß man durch diesen Namen die sozialistische Bewegung keineswegs auf eine bestimmte Bevölkerungsklasse beschränken wolle. Das Wort Arbeiter habe keinen ausschließenden Charakter. Durch Arbeit werde der Mensch erst zum Menschen. Die Arbeit sei nicht nur die einzige wirtschaftliche Grundlage der Gesellschaft, sondern auch die alleinige Trägerin der Kultur und des Menschentums. Arbeiterpartei heiße also die Partei der für Kultur und Menschentum ringenden Menschen.

Das Programm von Gotha ist naturgemäß ein Versuch, beiden Strömungen gerecht zu werden. Im allgemeinen Teile wird die gesellschaftliche Situation gekennzeichnet: die Arbeitsmittel sind das Monopol der Kapitalistenklasse, die Folgen davon sind Abhängigkeit der Arbeiterklasse, Elend und Knechtschaft in allen Formen. Die Arbeitsmittel müssen daher Gemeingut der Gesellschaft werden. „Die Befreiung der Arbeit. muß das Werk der Arbeiterklasse sein, der gegenüber alle anderen Klassen nur eine reaktionäre Masse sind.“ Im zweiten Abschnitt dieses Teiles fordert das Programm den „freien Staat und die sozialistische Gesellschaft“ und fährt dann fort: „Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands, obgleich zunächst im nationalen Rahmen wirkend, ist sich des internationalen Charakters der Arbeiterbewegung bewußt und entschlossen, alle Pflichten, welche derselbe den Arbeitern auferlegt, zu erfüllen, um die Verbrüderung aller Menschen zur Wahrheit zu machen.“ So geht der allgemeine Teil mehr auf die Gedankengänge von Marx zurück. Der besondere Teil, der die konkreten Forderungen enthält, atmet dagegen ganz den Geist Lassalles. Er beginnt mit den staatlich unterstützten Produktivgenossenschaften, durch die der Sozialismus verwirklicht werden soll. Dann wendet er sich dem Staat selbst zu. Der Staat ist nicht problematisch, er ist Weg und Ziel zugleich. Nur um seine Gestaltung geht es. Er soll ein Staat der Gesamtheit werden. So fordert denn das Programm von Gotha das allgemeine gleiche, geheime und direkte Wahlrecht für alle Staatsangehörigen vom 20. Lebensjahre an für alle Wahlen und Abstimmungen in Staat und Gemeinde. Damit wird auch das damals noch recht umstrittene Frauenwahlrecht gefordert, ohne daß dies freilich allzu deutlich hervorgehoben wird. Um der noch sehr großen politischen Gleichgültigkeit weiterer Kreise entgegenzuwirken, soll die Stimmabgabe obligatorisch sein. Diesen Vorschlag hatte Bebel gemacht. Er ist auch heute vielleicht nicht unaktuell.

Der Parlamentarismus erscheint den Gothaern fragwürdig. Liebknecht erklärt bei den Verhandlungen: „Der Parlamentarismus ist bankrott, und es ist vielleicht das einzig bleibende Verdienst des Fürsten Bismarck, diesen Bankrott des Parlamentarismus beschleunigt zu haben.“ Er hebt ausdrücklich hervor, daß im Programm keine „Anerkennung des modernen Repräsentativsystems“ gefunden werden könne. Vielmehr soll das Volk unmittelbar den Staatswillen bestimmen. Daher wird direkte Gesetzgebung und Entscheidung über Krieg und Frieden durch das Volk vorgesehen. Anstatt der stehenden Heere, die immer nur einen Teil der Bevölkerung erfassen und militärisch ausbilden, wird Volksheer und allgemeine Wehrhaftigkeit verlangt. Steht doch immer das zaristische Rußland mit seinem ungehemmten Expansionsdrang drohend vor der Tür.

Freie Meinungsäußerung, Rechtsprechung durch das Volk, unentgeltliche Rechtspflege, allgemeine und gleiche Volkserziehung, unentgeltlicher Unterricht in allen Bildungsanstalten vervollständigen das Bild des neuen Staates. Die Religion soll zur Privatsache erklärt werden.

Diese Forderungen für die Zukunft werden dann noch durch sozialpolitische Gegenwartsforderungen ergänzt: progressive Einkommensteuer anstatt der von Lassalle als unsozial abgelehnten indirekten Steuern, unbeschränktes Koalitionsrecht, Normalarbeitstag und eine Reihe von Arbeiterschutzbestimmungen, insbesondere für Frauen und Kinder.

Es ist zu verstehen, daß das Gothaer Programm von Marx aufs schärfste kritisiert wurde, ja daß er

sogar zeitweise mit seinem Freund und Schüler Liebknecht brach. Aber dieser stellte sich, wie er dann viele Jahre später auf dem Parteitag in Erfurt aussprach, gegenüber den Warnungen, die schon vor endgültiger Annahme des Programms aus London kamen, auf den Standpunkt, der für einen verantwortungsbewußten Politiker der einzig mögliche war: „Hoch steht mir Marx, aber höher steht mir die Partei.“

Schon drei Jahre nach der Annahme dieses Programms, das den Staat als Idee rückhaltlos bejaht, erklärten Bismarck und sein Staat der Partei durch das Sozialistengesetz den Krieg auf Leben und Tod. Sie nahm mutig und stolz den Fehdehandschuh auf. Hatte das Programm davon gesprochen, daß der freie Staat und die sozialistische Gesellschaft mit allen gesetzlichen Mitteln erstrebt werden solle, wird jetzt das Wort gesetzlich gestrichen und damit der Gegensatz zwischen Partei und dem nun zum Todfeind gewordenen Staat und seinen Gesetzen scharf zum Ausdruck gebracht. Etwa zwölf Jahre dauern Unterdrückung und Verfolgung, merkwürdigerweise genau so lange, wie, 55 Jahre später die noch ungleich furchtbarere Unterdrückung und Verfolgung, die wir erleben mußten. Die Partei kann sich dann 1890 voller Genugtuung als Siegerin über Bismarck betrachten. Aber das Band, das das Gothaer Programm zwischen ihr und dem Staat, zwar nicht dem gegenwärtigen, aber seiner Idee, knüpfen wollte, bleibt zerschnitten. In dem neuen Programm, das sich die Partei jetzt im Jahre 1891 in Erfurt gibt, kommt das Wort Staat überhaupt nicht vor!

Dafür bringt das Erfurter Programm der Partei, die sich nun den Namen „Sozialdemokratische Partei Deutschlands“ gibt, der auch heute noch unser uns so lieber Name ist, eine klare und schöne Analyse der gesellschaftlichen Entwicklung. Das Ergebnis dieser Entwicklung ist das Privateigentum an den Produktionsmitteln. Seine Folgen wieder sind immer weiterschreitende Enteignung der Bauern, Handwerker und Kleinhändler und Ausbeutung der Arbeiter. Nur die Überführung dieses Privateigentums an den Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum und die Umwandlung der Warenproduktion für den Markt in eine sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Fertigung kann Zustände beseitigen, die immer unerträglicher werden, und das Proletariat befreien. Damit wird aber auch das ganze Menschengeschlecht befreit, da nicht nur die Ausbeutung, und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern jede Art von Ausbeutung und Unterdrückung bekämpft wird.

Man ist sich dabei klar darüber, daß der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung notwendigerweise ein politischer Kampf ist. Geht es auch um wirtschaftliche Dinge, kann der Kampf doch ohne politische Rechte überhaupt nicht geführt werden. Vollends die Überführung der Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit setzt die Gewinnung der politischen Macht voraus. Aber es geht dabei nicht mehr um die Staatsidee, um den Kampf für einen besseren Staat, sondern um die Macht im Staate als Mittel zum Zweck.

Die das Staatsleben betreffenden Forderungen des Programms sind daher nicht mehr als dauernde Grundlagen für einen neuen bleibenden Staat gedacht. Sondern auch sie sind nur Mittel zum Zweck, zur Erreichung des wirtschaftlichen Endzieles. Das ist der grundlegende Unterschied, der stark hervorgehoben werden muß, weil die Forderungen an sich von den Gothaer Programmpunkten, die doch Marx und Engels als bürgerlich-demokratisch gerügt und abgelehnt hatten, kaum abweichen. Die obligatorische Stimmabgabe ist fallen gelassen, wahrscheinlich, weil man glaubt, daß die Massen jetzt genügend politisch interessiert sind, um sich an den Wahlen zu beteiligen. Dagegen wird, um eine gerechte Verteilung der Mandate auf die abgegebenen Stimmen zu erreichen, das Proportionalwahlsystem gefordert, das dann später in die Weimarer Verfassung übernommen worden ist und sich so verhängnisvoll ausgewirkt hat. Alle anderen Forderungen sind mit einigen Ergänzungen die gleichen wie im alten Programm.

Auch die Erklärung der Religion zur Privatsache ist geblieben. Sehr interessant ist die Debatte über diesen Punkt. Wohl hatte Liebknecht auf dem Parteitag zu Halle im Jahre vorher erklärt, es gäbe keine definitive Wissenschaft, und damit etwas ausgesprochen, was wir im Zeitalter der Relativitätstheorie nur als allzu wahr empfinden. Aber die Kongreßteilnehmer stehen sowohl in Halle als auch in Erfurt auf dem Standpunkt, daß die Religion von der Wissenschaft ein für allemal widerlegt worden sei. So ruft Liebknecht in Halle, ohne Widerspruch zu finden, aus: „Weiß nicht jeder denkfähige Mensch, der weiß, was Wissenschaft ist, daß Wissenschaft und Religion unvereinbare Gegensätze sind?“ Nur soll niemand die Religion geraubt werden. Die Glaubensmeinungen sollen absolut frei sein, denn es ist eines Sozialdemokraten unwürdig, „den Glauben eines Mitmenschen zu verhöhnen“. Daher behält man den Satz bei.

Leider hat die Sozialdemokratie später in diesem Punkte mit der geistesgeschichtlichen Entwicklung nicht Schritt gehalten. Bald gelangte man in immer weiteren Kreisen zu der Überzeugung, daß Wissenschaft im Sinne des neunzehnten Jahrhunderts und Religion nicht Gegensätze sind, sondern gar nichts miteinander zu tun haben, daß mit anderen Worten die Frage nach dem Dasein Gottes mit Mitteln der Wissenschaft überhaupt nicht, weder verneinend noch bejahend, beantwortet werden kann. Die Sozialdemokratie aber hielt wohl an ihrer religiösen Duldsamkeit fest, hob sie auch im Görlitzer Programm von 1921 und dem von Friedrich Stampfer dazu verfaßten parteiamtlichen Kommentar noch ausdrücklich hervor. Aber das Heidelberger Programm von 1925 war in diesem Punkte schon wieder schwächer. So blieben nach 1918, als eine starke religiöse Welle durch das deutsche Volk ging, alle, die von ihr erfaßt wurden, der Sozialdemokratie fern. Jetzt wird der damalige Standpunkt Liebknechts bei uns wohl von niemand mehr vertreten. Und Liebknecht selbst hat ja immer wieder betont, daß nur der Sozialdemokrat sei, der mit seiner Zeit mitgehe und sich nicht an alte Überzeugungen klammere. So ist es denn gerade in seinem Sinne, wenn die neue Sozialdemokratie nicht mehr die christlich Gesinnten nur duldet, sondern Achtung und Verständnis für sie hat, auch wenn nicht alle Sozialdemokraten ihren Glauben teilen.

Das also war das Erfurter Programm, das wir, die älteren Genossen, in ihrer Jugend als das Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands kennen und lieben lernten. Es war die Fahne, die die Partei dann bis zum Weltkrieg 1914 und über ihn hinaus stolz und in Ehren vor sich hergetragen hat.

Aber so stolz die Sozialdemokratie mit Recht auf dies Programm war, heute wissen wir, daß sich die Idee des Staates furchtbar an denen gerächt hat, die ihren Ernst und ihre Größe damals nicht verstanden hatten, die den Staat nur als Mittel zum Zweck für eine Übergangszeit gebrauchen wollten. Die Sozialdemokratie hatte sich mit ihrer Staatsauffassung selbst den Weg zum Staat, in den Staat verbaut. Und als er ihr dann fast gegen ihren Willen im November 1918 zufiel, da wußte sie die Macht nicht zu ergreifen und nicht zu halten. So kam es zu dem schwachen Weimarer Staat. Wenn die Sozialdemokratie anfänglich noch führend in ihm war, immer mehr ging die Staatslenkung wieder an andere Kreise über. Nur in Preußen blieb die Sozialdemokratie an der Macht. Aber die rechtmäßige Regierung Preußens wich schließlich der unrechtmäßigen Gewalt einer Handvoll Soldaten, ohne einen Schuß zu tun. Bald darauf fiel dann ganz Deutschland dem Nationalsozialismus zum Opfer.

So mußte die Hoffnung, im Weimarer Staat allmählich durch die Wirtschaftsdemokratie zum Sozialismus zu kommen, vergeblich bleiben. Wohl hatte die Partei im Görlitzer und noch mehr im Heidelberger Programm sich noch einmal mit der ganzen klassenpolitischen Lage scharfsinnig und auf der alten wissenschaftlichen Höhe auseinandergesetzt. Aber es ging ja damals in Deutschland zunächst gar nicht um Fragen, die mehr oder weniger wirtschaftlicher Art waren - es ging einfach um die Macht im Staate. Und die gewinnt und erhält sich auf die Dauer immer nur, wer bereit ist, die Waffen zu ergreifen und sie gegen die Feinde des Staates zu führen bereit ist. Darüber war sich die Sozialdemokratie damals nicht klar. So verlor sie den Staat und damit auch jede Möglichkeit, die Arbeiterschaft von der Herrschaft des Kapitalismus zu befreien.

Nach 12 Jahren der Unterdrückung hat die Partei im Sommer 1945 aufs neue ihren Weg begonnen. Jeder Sozialdemokrat weiß es jetzt, daß dieser Weg zum Staat hinein in den Staat führen muß. In ihrem ersten Aufruf vom 15. Juni 1945 bekennt sich die Partei daher mit Nachdruck zum Staatsgedanken. Eine neue antifaschistische, demokratische Republik gilt es zu schaffen, die dem deutschen Volk die Kraft und die Möglichkeit geben soll, die übermenschlichen Aufgaben, die vor ihm liegen, zu erfüllen. Wie in Urzeiten, im Grunde aber zu allen Zeiten, geht es wieder darum, sich die Kräfte der Natur zu unterwerfen, Hunger und Kälte zu überwinden. Es ist der Kampf gegen die Natur, in der schon Lassalle die Aufgabe des Staates sah. So sollen Staat und Gemeinde jetzt dem deutschen Volk in seiner größten Not die Ernährung sichern und für Deckung des notwendigsten Bedarfs an Wohnung, Kleidung und Heizung Sorge tragen. Gleichzeitig aber soll der neue Staat den Kampf führen gegen jede Unterdrückung und Ausbeutung des einen Menschen durch den anderen, gegen Nationalsozialismus, Militarismus und Kapitalismus.

Andererseits will sich das deutsche Volk, wie auch der Aufruf hervorhebt, durch unermüdliche Arbeit und eisernen Willen die Achtung aller friedlichen und freiheitliebenden Völker erwerben. Sein neuer Staat soll „wieder gutmachen, was faschistische Raubgier an den Völkern Europas verbrochen hat.“ Denn wie bereits Marx im Kommunistischen Manifest verlangt, müssen die Demokraten aller Länder sich verbinden und sich verständigen. Freiheit von Not und Freiheit von Furcht ist nur erreichbar, wenn die Gutgesinnten in allen Ländern dafür kämpfen. Vollends der Sozialismus und mit ihm eine neue bessere Welt ist nur möglich, wenn überall die Schaffenden sich dafür einsetzen. Daher gilt auch heute noch wie vor 100 Jahren zu Anfang der Bewegung der Ruf:
„Proletarier aller Länder vereinigt euch!“

VERLAG **Das Volk** BERLIN

Maximilian-Druck. Berlin NW 87
756 – 20 000 22. 2. 1946 – C

